

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28. April 2010
- 2 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Rainer Kann
- 3 Ehrenkodex der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0173
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt
- 4 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes SAN B-06 (Block 16)
Vorlage: 10/SVV/0229
Fraktion DIE LINKE
- 5 Sanierung der Grundschule am Griebnitzsee (33)
Vorlage: 10/SVV/0326
Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Ergebnisse der Evaluation des lokalen Aktionsplanes
- 6.2 Bericht über Aktivitäten zur Entwicklung eines kommunalen Wohnungsbauprogramms und dem Erhalt preiswerten Wohnraums im Stadtzentrum
aus HA 28.04. - TOP 14.1
- 6.3 Verbesserung der Zusammenarbeit mit Potsdam Mittelmark
gemäß Beschluss: 09/SVV/0960
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28. April 2010**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Punkt 3 – DS 10/SVV/0173, Ehrenkodex - bis zur Sitzung am 26. Mai 2010 zurückzustellen, da Frau Rademacher als Korruptionsbeauftragte an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne. Im Weiteren verweist er auf vier neue Tagesordnungs-

punkte, die die Fraktion DIE LINKE unter „Mitteilungen der Verwaltung“ behandelt wissen möchte. Dabei handele es sich um die Themen:

- Information zum Stand der Realisierung des Ersatzbaus für das Palmenzelt der Weissen Flotte
- einen Sachstandsbericht zum geplanten Tennisclub Rot-Weiss
- einen Sachstandsbericht zur REWE-Kaufhalle in Zentrum Ost und der Kaufhalle Am Schlaatz
- die Zeitschiene für das Schlaatzkonzept.

Herr Dr. Wegewitz merkt dazu an, dass das nichts anderes sei als die Fragestunde im Rahmen der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und schlägt vor, diese Themen unter dem Punkt „Sonstiges“ zu behandeln. Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Nachfragen deshalb im Vorfeld an die Verwaltung gegeben wurden, um einen Vorlauf zu schaffen. Seitens der Fraktion erhebe sich kein Widerspruch dagegen, diese Themen unter dem Punkt „Sonstiges“ zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung in der Fassung der Nachtragstagesordnung vom 06. Mai 2010 wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 29. Sitzung des Hauptausschusses vom 28. April 2010 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

zu 2 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Rainer Kann

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Polizeipräsidenten Herrn Kann und vom Schutzbereich Potsdam Herrn Marshall.

Herr Kann bedankt sich für die Einladung und bittet Herrn Marshall um die Berichterstattung zur Sicherheitslage in der Stadt Potsdam 2009.

Herr Marshall verweist eingangs darauf, dass Probleme in enger Zusammenarbeit mit der Stadt gelöst und aktuell bearbeitet werden, so dass es sich wie in den vergangenen 5 Jahren auch, um eine Information handeln werde, die zusammenfassend auch als Handout ausgereicht wurde. Er erläutert anschließend anhand visueller Darstellungen die Sicherheitslage in der Stadt Potsdam 2009 und geht dabei u. a. auf die Kriminalitätslage, hier z. B. auf die Entwicklung der Straftaten 2007/2008/2009 ein sowie auf Schwerpunkte im Kriminalitätsgeschehen, die Kriminalitätsbelastung in der Stadt Potsdam, auf die Tatverdächtigen- und Bevölkerungsstruktur, die Opferstruktur und die Verkehrsunfalllage. Ergänzend geht er auf die Problematik der Rockerbanden ein und betont, dass das Problem darin liege, dass sich deren Mitglieder als „außerhalb des Gesetzes“ betrachten und eigene Regeln hätten, nach denen sie verfahren. Diese Gruppe zähle zu etwa einem Prozent der Bevölkerung, die den Staat nicht anerkennen.

Der Oberbürgermeister bedankt sich für die Berichterstattung und merkt an, dass insgesamt eine erfreuliche Tendenz festzustellen sei, wenn auch in einzelnen Bereichen differierend; hier sollte die Entwicklung aufmerksam beobachtet werden. Anschließend beantworten Herr Kann und Herr Marshall die Rückfragen der Hauptausschussmitglieder. So fragt Frau Dr. Müller, ob es sich bezüglich der Tatverdächtigenstruktur bei Kindern um ein Einzel- oder Gruppenverhalten handele und wo die Schwerpunkte beim Umgang mit „Opferkindern“ gesetzt werden. Herr Marshall entgegnet, dass es sich hier nicht um Kinderbanden handele, sondern um Taten, an denen mehrere Kinder beteiligt seien – hier werden meistens Handys u. ä. „abgezogen“. Bezüglich der Opfer sei es so, dass jedes einzeln be-

trachtet werde und man u. a. in die Einrichtungen gehe, wo die Straftaten stattgefunden haben. Damit werde die Maßnahme von dem einzelnen Kind auf die ganze Gruppe oder auch auf die Einrichtung erweitert, worin seitens der Polizei eine Chance gesehen werde.

Bezug nehmend auf die bevorstehende Polizeireform fragt Herr Dr. Scharfenberg nach der Aufwertung der Revierpolizisten und nach der Umsetzung der durch Innenminister Speer angekündigten Beendigung der „Abzocke“ z. B. bei Geschwindigkeitsübertretungen. Auf die Frage nach den Revierpolizisten entgegnet Herr Kann, dass derzeit die Strukturkommission arbeite und er die Ergebnisse abwarten wolle. Ganz sicher aber werde der Revierpolizist seinen Stellenwert behalten. Im Weiteren betont er, dass auch bisher niemand „abgezockt“ wurde, denn das würde bedeuten, dass zu Unrecht ein Fehlverhalten festgestellt und geahndet worden wäre. Für die Autofahrer müsse eher die Frage stehen, warum wurde ich gerade jetzt und hier erwischt. Schwerpunkte der Polizeikontrollen würden auch weiterhin Brücken, Baustellen oder auch der Bereich des Hofladens bleiben, wobei diese Schwerpunkte u. a. von der Straßenverkehrsbehörde vorgegeben würden – also könne sich der im „Blitzer-Auto“ verantwortliche Kollege seinen Standort nicht beliebig aussuchen. Bezug nehmend auf den Einwand von Frau Engel-Fürstberger, dass sie sich schon über die Maßen kontrolliert fühle, wenn z. B. an einem Sonntag vor der Schule in der Dortustraße geblitzt werde, betont Herr Marshall, dass die Verkehrsüberwachung gesteuert werde und das in Abhängigkeit von dem zur Verfügung stehenden Personal und der zur Verfügung stehenden Zeit. Ob sonntags oder an anderen Tagen, der Autofahrer müsse zu jeder Zeit und Stunde damit rechnen, dass Geschwindigkeitsüberschreitungen geahndet werden – allerdings dürfe das auch nicht übertrieben werden.

Frau Dr. Schröter meint, wenn der Minister sage, „Abzocker werde es nicht mehr geben“, dann heiße es doch, es habe sie gegeben und soll jetzt nicht mehr vornehmlich als Einnahmequelle, sondern zur Verkehrsregulierung genutzt werden. Damit habe sich doch zumindest der Blickwinkel darauf geändert.

Herrn Lehmann fragt an Hand der Kriminalität im „Musikerviertel“, ob es Veränderungen bei den Kontrollen in den Wohngebieten gegeben habe bzw. die Fahrten der Streifenwagen reduziert wurden. Dies verneint Herr Marshall – allerdings können sich die Schwerpunkte bzw. Zeiten ändern.

Auf die Nachfrage von Herrn Naber zum Unfallgeschehen von und mit Radfahrern verweist Herr Kann darauf, dass es zwei Gruppen von Verkehrsteilnehmern gebe, die schwer zu erreichen seien, wozu neben den Radfahrern auch die Fußgänger gehören. Er erläutert diesbezügliche Maßnahmen und Beispiele.

Der Oberbürgermeister bedankt sich für die Berichterstattung; Herr Kann überreicht dem Oberbürgermeister einen Stick mit dem „Handbuch Antibullying Programm“, mit dem Eltern, Erzieher, Lehrer und Schüler angeleitet werden, der Gewalt unter Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken.

zu 3 Ehrenkodex der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 10/SVV/0173

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

zurückgestellt

zu 4

Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes SAN B-06 (Block 16)

Vorlage: 10/SVV/0229

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Hauptausschusssitzung dazu geführte Diskussion. Ebenso habe der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen am Vorabend der Hauptausschusssitzung diese Vorlage ausführlich behandelt und im Ergebnis mit 3:4:0 die Ablehnung empfohlen. Er fragt, ob dies nun noch einmal wiederholt werden solle oder welches Verfahren die Mitglieder des Hauptausschusses empfehlen, zumal es einen Antrag auf Rederecht von Herrn Cornelius als Mitglied des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg gebe. Daran anschließend beantragt Frau Knoblich das Rederecht für Herrn Kirsch als Investor. Gegen die gestellten Anträge auf Rederecht erhebt sich kein Widerspruch – auch nicht gegen das Rederecht für Herrn Dr. Baatz vom Stadtkontor – Sanierung in Babelsberg.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er das Denken in scharfen Gegensätzen hierbei nicht für gut befinde und der von der Fraktion DIE LINKE gestellte Antrag die Entwicklung in Babelsberg nicht verhindern, sondern befördern wolle. Er werbe dafür, das eine zu tun ohne das andere zu lassen, die Baugenehmigung zu erteilen und gleichzeitig die Entwicklung des Einzelhandels zu veranlassen.

Herr Schubert beantragt die Vertagung dieser Angelegenheit, um die Aussagen der Verwaltung zu verifizieren, was ihm zum jetzigen Zeitpunkt immer noch schwer falle. Im Weiteren habe er vom stellvertretenden Vorstandsmitglied Herrn Manfred Hagedorn eine Mail erhalten, dass bei einer Versagung der Genehmigung an Herrn Kirsch eine Vorgehensweise in der Art möglich wäre, dass die Sparkasse vom Kaufvertrag mit Herrn Kirsch zurücktrete, die Planung von Herrn Kirsch übernehme und im eigenen Namen einen Genehmigungsantrag stelle. In diesem Falle würde der Bestandsschutz greifen, da die früheren Sparkassenräume wieder als solche genutzt würden und der Sparkasse eine Planumsetzung auf eigenem Grundstück nicht verwehrt werden könne. Diese Aussage, so Herr Schubert, sei seinerseits nicht bewertbar. Wenn aber die Konsequenz daraus sei, dass entweder Herr Kirsch baue oder die Sparkasse selbst, so werde er sich für den Fall einer heutigen Abstimmung der Stimme enthalten.

Herr Schröder beantragt per Geschäftsordnungsantrag die Zurückstellung des Antrags, da dies eine wichtige Information sei, deren Tragweite so schnell nicht überblickt werden könne. Auf Bitte von Herrn Lehmann stellt Herr Schubert die Mail wie bereits der Verwaltung auch den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Verfügung. Im Weiteren empfiehlt er eine Abstimmung des Antrags eventuell auch ohne Votum des Hauptausschusses, um die Angelegenheit nicht noch länger zu verschieben. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich unter der Voraussetzung für den Geschäftsordnungsantrag aus, dass dieser in der Hauptausschusssitzung am 26. Mai erneut aufgerufen wird.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf **Zurückstellung** wird mit Stimmenmehrheit **zugestimmt**, bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung.

Herr Lehmann bittet anschließend die Verwaltung um eine rechtliche Stellungnahme zur Mitteilung der Sparkasse bis zur Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen sowie um eine Verifizierung der bisherigen Aussagen. Herr Goetzmann sagt eine rechtliche Stellungnahme bis zur nächsten Hauptausschusssitzung zu, da dies zum kommenden Dienstag (Sitzungstermin Ausschuss Stadtplanung und Bauen) nicht möglich sein wird.

Die Mail der Sparkasse wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 5

Sanierung der Grundschule am Griebnitzsee (33)

Vorlage: 10/SVV/0326

Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung

Der Oberbürgermeister verweist auf die Überweisung des Antrags in den Hauptausschuss zur Erledigung. Im Weiteren liege ein Antrag auf Rederecht des Vorsitzenden der Elternkonferenz der Grundschule Am Griebnitzsee, Herrn Dr. Möller vor. Gegen das Rederecht erhebt sich seitens der Hauptausschussmitglieder kein Widerspruch. Herr Dr. Möller geht in seinem Redebeitrag auf die bisherigen Ereignisse und Gespräche sowie deren Ergebnisse ein. Danach sei der Verbleib der Grundschule am Standort vor und während der Sanierung die einzige noch offene Forderung.

Anschließend erläutert Frau Ewers die Ergebnisse des Gesprächs vom Vorabend und bestätigt die erzielte Einigung in fast allen Punkten. Der Verbleib der Schule am Standort werde durch den geltenden Schulentwicklungsplan gesichert. Der überarbeitete Ablauf werde der Schule zur Kenntnis gegeben – im Weiteren sei ein Treffen zum Verlauf der Arbeiten in unregelmäßigen Abständen vereinbart.

Dass sich etwas bewegt habe, obwohl der Antrag noch gar nicht beschlossen sei, so Herr Dr. Scharfenberg, nehme er zur Kenntnis. Trotzdem empfehle er, den Beschluss zu fassen, um das Vereinbarte zu sichern sowie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, dass die Verwaltung auf gutem Wege sei, die Forderungen umzusetzen.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, bis wann der überarbeitete Zeit- und Maßnahmeplan vorliegen könne, entgegnet Herr Richter, dass die Eltern seit der Schulkonferenz informiert seien, das Ergebnis der Prüfung der Containerkonzeption seit gestern vorliege und somit Anfang nächster Woche der überarbeitete Projektplan vorliege.

Herr Dr. Möller betont nochmals, dass es für die Schule und die Schüler sowie Eltern wichtig sei, während der Sanierung am Standort zu verbleiben und der Umzug zum Schilfhof vom Tisch sei. Somit, so der Oberbürgermeister, könne eine Beschlussfassung einen symbolischen Charakter erhalten. Er stellt den durch Frau Dr. Müller im Punkt 4, Streichung der Klammer (Architektenbeirat), modifizierten Antrag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den Eltern, Schülern und Lehrern der Grundschule am Griebnitzsee verbindliche Aussagen zu machen über

1. den Erhalt der Grundschule am Standort als kommunale Einrichtung,
2. den Bauablaufplan und den exakten Zeitrahmen der Sanierung während des Verbleibs der Grundschule am Standort,
3. die Ausstattung der Containervariante mit Fachunterrichtsräumen im Container,
4. die Einbeziehung fachkompetenter Eltern in die Planungs- und Sanierungsarbeiten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 6

Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Ergebnisse der Evaluation des lokalen Aktionsplanes

Herr Hadlich erläutert die Ergebnisse der Evaluierung des im Jahr 2001 erarbeiteten lokalen Aktionsplans an Hand visueller Darstellung. Im Jahr 2008 seien Überlegungen hinsichtlich einer Evaluation der Struktur und der Ziele angestellt worden, was auch mit externer Hilfe passiert sei.

Er erläutert im Weiteren die in diesem Zusammenhang angewandten Methoden, wie Interviews, die Analyse vorhandener Dokumente und Workshops. Grundlegendes Ergebnis sei, dass die Ziele des Aktionsplans weiterhin die Arbeit des Bündnisses bestimmen und künftige Schwerpunkte, wie die Aktivierung und Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Alltagsrassismus ebenso bleiben, wie die Veränderung von strukturellen Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die Auseinandersetzung mit organisiertem Rechtsextremismus und politisch motivierten Gewalttaten, die Beförderung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die Gewaltprävention sowie Maßnahmen gegen die Diskriminierung von sozial Schwächeren und anderen Minderheiten.

Dabei gehören regelmäßige Analysen der Situation der Landeshauptstadt, um daraus Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit abzuleiten und veränderten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus Rechnung tragen, ebenso zur Arbeitsweise des Bündnisses, wie vorhandene Kommunikations- und Informationsnetzwerk beizubehalten und auszubauen, eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und die Bedienung des Internets über www.potsdam-bekannt-farbe.de.

Der Oberbürgermeister weist ergänzend darauf hin, dass die quartalsweisen Treffen auch ohne konkreten Anlass stattfinden und der lokale Aktionsplan eine Erregenschaft sei, auf die die Landeshauptstadt stolz sein könne. Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob auch gezielt Probleme an die Arbeitsgruppe herangebracht und Menschen diese in den Sitzungen vorstellen, wird vom Oberbürgermeister bejaht.

zu 6.2 Bericht über Aktivitäten zur Entwicklung eines kommunalen Wohnungsbauprogramms und dem Erhalt preiswerten Wohnraums im Stadtzentrum aus HA 28.04. - TOP 14.1

Hierzu, so der Oberbürgermeister, wurde im Zusammenhang mit der Behandlung der Mitteilungsvorlage 10/SVV/0152 – „Prüfung eines kommunalen Wohnungsbauprogramms, Erhalt preiswerten Wohnraums im Stadtzentrum“ – eine Präzisierung zugesagt, die Herr Goetzmann vortragen und die der Niederschrift als Anlage beigelegt werde.

Herr Goetzmann erläutert an Hand visueller Darstellung folgende Ansätze:

1. Kommunalkredit bzw. Kreditermächtigung für kommunale Unternehmen
2. Kreditaufnahme, Stadt baut mit Generalübernehmer
3. Baulandbereitstellung Bornstedter Feld
4. Ausschöpfung Förderprogramme Bund/Land.

In der sich anschließenden Diskussion geht Herr Schröder auf die Preisgestaltung beim Neubau, auf das Verhältnis Mieter- und Wohnungsmarkt und die Rolle des Projektes Gartenstadt Drewitz ein. Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er die Darstellung für noch sehr vage halte und es keinen einzigen tragfähigen Ansatz gebe. Hier sei jetzt von einer nächsten Berichterstattung im IV. Quartal die

Rede gewesen, andererseits wurde in absehbarer Zeit ein Umsetzungskonzept zum Stadtentwicklungskonzept in Aussicht gestellt, so dass er jetzt wissen wolle, wie es weitergehe. Außerdem sei die Umsetzung des zweiten Schwerpunktes - Erhalt preiswerten Wohnraums im Stadtzentrum – nicht erläutert worden.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es sich hier um einen Zwischenbericht und nicht um ein Konzept handle. Aus dem Vortrag von Herrn Goetzmann und auch aus der Diskussion sei deutlich geworden, dass Maßnahmen gebündelt werden müssen. Außerdem müsse man sich auch darüber verständigen, zu welchem Preis 1.000 Wohnungen bis zum Jahr 2012 gebaut werden können, ohne andere Dinge zu vernachlässigen. Dahinter stehe eine komplexe Diskussion, die derzeit geführt werde und auch die Folgewirkungen mit einbeziehe.

Herr Goetzmann betont, dass bezüglich des Wohnraums in der Innenstadt die Instrumente zu betrachten seien, mit denen man das bewerkstelligen wolle und auch wo das Geld dafür herkomme. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, was mit einer Straßenrandprüfung (erster Punkt der letzten Folie) gemeint sei, entgegnet er, dass es sich hierbei um Flächen an einseitig bebauten Straßen handle, wo eine Erschließung vorliege und eine Bebauung auf der anderen Straßenseite in Betracht kommen könnte.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.3 Verbesserung der Zusammenarbeit mit Potsdam Mittelmark gemäß Beschluss: 09/SVV/0960

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die Verabredung, alle Fachausschüsse anzuschreiben und Themenwünsche zu sammeln. Dies sei geschehen und es liege vom Jugendhilfeausschuss mit den Themen:

1. Evaluation Schulsozialarbeit,
2. Entwicklung und Umsetzung der Qualitätsparameter für die Arbeit in Kitas,
3. Stellenwert der Jugendhilfeausschüsse von Potsdam und Potsdam Mittelmark bei der Vorbereitung und Durchsetzung / Umsetzung von fachlichen Positionen zu Entscheidungen, die die Kinder- und Jugendpolitik betreffen,

und vom Ausschuss für Kultur, mit den Themen

1. Wie kann man die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich vertiefen?
2. Wie kann man gemeinsam für kulturelle Veranstaltungen werben?

Rückmeldungen vor. Der Ausschuss für Bildung und Sport sowie der Rechnungsprüfungsausschuss haben keinen Bedarf signalisiert – von allen anderen Ausschüssen gebe es keine Rückantwort.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, Verbindung mit Herrn Blasig aufzunehmen, um ein Treffen dieser Art vorzubereiten, da dies nicht von heute auf morgen zu organisieren sei. Neben den genannten Themen gebe es auch den haushaltsbegleitenden Beschluss einer interkommunalen Zusammenarbeit und vielleicht auch Themenvorschläge aus Potsdam-Mittelmark. Frau Dr. Schröter schlägt vor, auch die Thematik Entwicklung des Wassertourismus im Rahmen des Tourismuskonzeptes mit aufzunehmen, da es hierzu auf jeden Fall Berührungspunkte gebe.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, dieses Treffen für den Herbst 2010 vorzubereiten, erhebt sich kein Widerspruch.

Information zum Stand der Realisierung des Ersatzbaus für das Palmenzelt der Weissen Flotte

Der Oberbürgermeister betont, dass es entsprechend der geltenden Beschlusslage einen Vorschlag für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Juni geben werde. Derzeit sei die Stadt mit der Weissen Flotte im Gespräch, um sich auf einen Standort zu einigen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob damit der geplante Workshop vom Tisch sei, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Vorlage entsprechend der Beschlusslage nächste Woche in der Beigeordnetenkonferenz besprochen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Aktueller Stand des geplanten Umzuges des Tennisclubs Rot-Weiss

Herr Exner informiert, dass es dazu in der letzten Woche eine Besprechung mit dem Verein gegeben habe, in deren Rahmen ein eigener Vorschlag unterbreitet worden sei. Dies könne dazu führen, dass es Änderungen zum bisherigen Vorschlag geben werde. Insgesamt sei die Verwaltung mit dem Verein auf einem guten Weg, was Inhalt und Ausrichtung der Gespräche betreffe. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, was die zeitlichen Vorstellungen betreffe, wird auf ein Treffen in 4 Wochen verwiesen – zwischenzeitlich mache jeder seine „Hausaufgaben“; Zielstellung sei eine schnellstmögliche Einigung.

Sachstandsbericht zur REWE-Kaufhalle in Zentrum Ost und der Kaufhalle Am Schlaatz

Herr Goetzmann informiert, dass die Grunderwerbsabstimmungen laufen und der Bauantrag in dem Moment gestellt werden könne, in dem Grundstücke notariell zur Verfügung stehen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie es sich mit der Zusicherung verhalte, die Kaufhalle bis Mitte des Jahres weiter zu betreiben, entgegnet er, dass die Orientierung dahin gehe, erst dann zu schließen, wenn der Termin für den Abriss feststehe. REWE selber habe ein Interesse an einer langfristigen Kundenbindung an diesen Standort.

Bezüglich der Kaufhalle Am Schlaatz führt der Oberbürgermeister aus, dass der Eigentümer einen Vorschlag unterbreitet habe, die Nahversorgung am Standort Schilfhof mit Waren des täglichen Bedarfs, Bankdienstleistungen und einem Kaufhaus für ein breit gefächertes Angebot an Secondhand-Artikeln zu verbessern. Für diese neuen Nutzungen seien bauliche Veränderungen nötig, für deren baurechtliche Absicherung ein Bauantragsverfahren mit Antrag auf Nutzungsänderung kurzfristig eingeleitet werde.

Zeitschiene für das Schlaatzkonzept

Herr Graumann führt aus, dass das Konzept Ende des Monats fertiggestellt sei und anschließend bis Ende Juni in der Verwaltung und mit den Trägern am Schlaatz besprochen werde. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, wann das Konzept in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschüssen besprochen werden könne, entgegnet er, dass im Herbst mit einer Vorlage zu rechnen sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass damit ein Jahr Verzug entstehe und er einen verbindlichen Termin für die Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung wissen wolle. Herr Graumann entgegnet, dass dies von den Ergebnissen der weiteren Diskussion abhängen – der Oberbürgermeister sichert zu, dass eine Information über den Stand erfolge, wenn das präzisiert werden könne.

Anmeldungen Goetheschule

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie viele Anmeldungen es für das Gymnasium an der Goetheschule gebe, informiert Frau Ewers, dass es bisher 16 Anmeldungen gebe.

Stadtspaziergänge

Auf die Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg, die Planung für die Stadtspaziergänge zu präzisieren, entgegnet der Oberbürgermeister, dass er diese derzeit noch nicht kenne und diese Termine ebenfalls eine Woche vorher im Redaktionskalender veröffentlicht werden. Er habe seinen Ausführungen zum Antrag 10/SVV/0315 in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung insofern nichts hinzuzufügen.

Mietvertrag Luftschiffhafen

Herr Schubert verweist auf die dringende Notwendigkeit, einen Mietvertrag für die Hallen am Luftschiffhafen abzuschließen. Der Oberbürgermeister verweist auf eine entsprechende Vorlage in der Juni-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Jury-Zusammensetzung Schwimmbad

Herr Naber fragt nach, wann über die Jury-Zusammensetzung bezüglich des Schwimmbades entschieden werde. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Angebote derzeit eingehen und eine Einladung demnächst ausgereicht werde.